



Beratungsvorlage

Vorlage Nr.: 0140/2022
Az.

Grundsatzentscheidung zur Einrichtung des "Münstertäler Klimabeirat"		
Amt:	Hauptamt	Datum: 05.12.2022
Beratungsfolge:	Sitzungstermin:	
Gemeinderat	05.12.2022	öffentlich

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Einrichtung des „Münstertäler Klimabeirat“ zu erarbeiten.

Begründung:

Finanzierung:

Finanzielle Auswirkungen:

- | | | |
|--|-------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein | Finanzposition: |
| <input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung | | Kosten: |
| <input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung | | Höhe: |
| <input type="checkbox"/> Folgekosten | | |

Erläuterungen:

Sachverhalt:

Der Klimawandel ist eines der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Die Ergebnisse des Weltklimarates sind eindeutig: Der gegenwärtige Klimawandel beruht vorwiegend auf menschlichen Einflüssen und kann nicht rückgängig gemacht werden. Es ist jedoch möglich, den Klimawandel zu verlangsamen und damit seine Auswirkungen für Menschen und Umwelt in Schranken zu halten. Dies ist eine Aufgabe von allen staatlichen und kommunalen Institutionen. Schon jetzt sind einige Folgen auch für das Münstertal spürbar: Höhere Niederschlagsmengen, hohe Temperaturen, Wassermangel und auch Stürme werden unberechenbar. Durch seine Folgen hat der Klimawandel Einfluss auf unser Wohnen, Arbeiten und unsere Gesundheit. Bei der Bewältigung des Klimawandels kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu.

Im Münstertal wurden schon einige Maßnahmen eingeleitet u.a. die Errichtung von Photovoltaikanlagen, die Verpachtung einer Fläche für Windkraftanlagen, der Ausbau der Nahwärme und die Einführung eines Bürgerbusses.

In vielen deutschen Kommunen werden die kommunalen Klimaschutzaktivitäten durch ein beratendes Gremium „Klimabeirat“ begleitet. Dieser setzt sich aus Bürger*innen aus unterschiedlichen Lebens- und Gesellschaftsbereichen, der Verwaltung und dem Gemeinderat zusammen und bündelt, diskutiert Ideen zum Thema Klimaschutz und Klimawandel. Ziel ist es, vor Ort vorhandenes Engagement und Wissen zu bündeln und dieses für alle zu nutzen.

Der Klimabeirat ist ein von der Kommune eingesetztes Beratungsgremium. Dieser soll wichtige Impulse für die zukünftige Ausrichtung der Kommunalpolitik geben. Er bereitet als beratende Klimaschutzdenkfabrik klimapolitische Entscheidungen für die politischen Gremien der Kommune vor. Er dient als Verbindung zwischen Öffentlichkeit und den politischen Entscheidern. Ziel ist es, das vorhandene lokale Engagement und Wissen im Klimaschutz besser zu nutzen. Der Beirat begleitet die klimarelevanten Aktivitäten der Gemeinde und bringt Anregungen und Einschätzungen in die kommunale Klimaschutzdiskussion ein. Der Klimaschutzbeirat fungiert als beratendes Gremium, seine Beschlüsse haben empfehlenden Charakter.

Die Verwaltung befürwortet die Einrichtung eines Klimabeirates. Bei diesem Thema müssen die Bürger*innen mitgenommen werden, da nur gemeinsam das Problem gelöst werden kann.

Ziel soll es zum einen sein, über mögliche Lösungen zu diskutieren, aber auch um in einem nächsten Schritt diese umzusetzen, wie z.B. bei dem Thema „Mobilitätswende/Bürgerbus“.

An eine Form ist der Klimabeirat nicht gebunden. Das Gremium sollte ausgewogen besetzt sein, u.a. mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und der Bürgerschaft, verschiedene Altersgruppen und Ortsteilen. Durch diese gezielte Durchmischung soll mehr Akzeptanz in der Bevölkerung gewonnen werden. Diese umfassende gesellschaftliche Zusammensetzung des Klimabeirates ist bewusst gewählt, da es einer breiten Basis an Wissen und Ressourcen bedarf um die Klimaschutzarbeit im Münstertal voranzubringen. Hierbei empfiehlt es sich verschiedene Arbeitsgruppen zu gründen, z.B. Ortsentwicklung, Energie, Mobilität.

Die Verwaltung empfiehlt die Grundsatzentscheidung zur Einrichtung eines Klimabeirates. In einem nächsten Schritt soll dann ein Konzept ausgearbeitet werden. In diesem sollen konkrete anstehende Themen wie zum Beispiel die Einrichtung eines Bürgerbusses und der Ausbau der Photovoltaik eingebunden werden.